

LESEROBMANN

Unsere Aufgabe



REINHARD OLDEHEWE
TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leser-obmann@freiepresse.de

Vor zwei Jahren hat Chefredakteur Torsten Kleditzsch am 8. Mai auf der Titelseite unter der Überschrift „Vom Frieden“ zum 70. Jahrestag des Kriegsendes geschrieben: „Ein Tag der Befreiung, der heute neue Anstrengung verlangt.“ Für die Sonderausgabe der Wochenendbeilage, die sich mit dem 8. Mai 1945 und seinen Folgen beschäftigte, gab es von den Lesern viel Lob; die Erinnerungen, Analysen und Gespräche sowie eine große Karte, auf der man die letzten Kriegstage und die Besetzung Sachsens nachverfolgen konnte, stießen auf viel Zustimmung. Und dieses Jahr? Der 8. Mai ist ein Montag, und mehr als zehn Leser übermitteln mir diese Botschaft: Warum lesen wir keine einzige Zeile über den 8. Mai?

Ich habe diese Frage erwartet, ich kenne den Grund, es ist der gleiche, wie er unter anderem am 27. Januar, 17. Juni, 13. August und 9. November immer wieder Leser dazu bewegt, mich anzurufen und zu sagen: „Ein paar Zeilen, vielleicht ein Foto, das hätte gereicht, aber gar nichts...“, meinte dieses Jahr eine Anruferin. „Solche Ereignisse müssen Sie jedes Jahr würdigen, damit niemand vergisst, was passiert ist“, meinte ein Leser. Allen habe ich erneut erklärt, dass es zwei Gründe gibt, warum meine Kollegen zu historischen Gedenktagen etwas schreiben: Das Datum ist ein rundes, aber es gibt einen aktuellen Anlass wie eine Gedenkveranstaltung; beides war diesmal nicht der Fall. Nur die Fotonaht „Siegesparade in Moskau“ zwei Tage später erinnerte an das Kriegsende.

Meiner Ansicht nach sollten die für unser Land wichtigen Gedenktage so tief im Bewusstsein der meisten Menschen verankert sein, dass es nicht jedes Jahr einer Erinnerung daran bedarf. Wer andererseits ohnehin wenig Sinn für die Bedeutung von historischen Ereignissen hat, wird seine Haltung nicht ändern, nur weil er eine Nachricht in der Zeitung gelesen hat. Sollte es neue Erkenntnisse bei der Aufarbeitung von Geschichte geben, wird es ebenso immer dafür Platz in der „Freien Presse“ geben, wie wenn Zeitzeugen sich erstmals zu Wort melden oder neues Quellenmaterial auftaucht.

Doch dieses Mal habe ich eine Frage einfließen lassen: Wer ist denn alles verantwortlich dafür, dass der 8. Mai nicht in Vergessenheit gerät? Der Staat, das Land oder die Stadt? Die Vereine, Verbände oder Organisationen, die sich mit der Geschichte beschäftigen? Schnell ist man bei dieser Frage angelangt: Sind nicht vor allem die Schulen in der Pflicht? Und die Museen? Die Archive? Darauf will ich hinaus: Den einen, auf den wir mit dem Finger zeigen können, weil er ein historisches Datum nicht so würdigt, wie wir es für richtig halten, gibt es nicht. Es ist unser aller, also eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, dies zu tun. Deshalb war es richtig, dass die Leser bei mir angerufen und wir darüber geredet haben. Die Erwartungshaltung kann ich nachvollziehen, das habe ich allen gesagt und um Verständnis für die „runden“ Gedenktage in der Zeitung geworben. Denn seien wir doch mal ehrlich: Erst wenn wir aufhören, darüber zu reden, machen wir wirklich etwas falsch.

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Mehr als nur „Wir sind nicht Burka“?

Zu dem Artikel „Leidige Leitkultur oder berechtigter Anspruch?“ über die zehn Forderungen des Innenministers sind diesen Lesern durchaus kritische Gedanken gekommen.

Falsche Kausalkette gebildet

Drei Dinge sind mir zur Leitkultur von Thomas de Maizière aufgefallen: Erstens: Die meisten Medien haben nur rudimentär darüber berichtet; er wurde vielfach auf den Satz „Wir sind nicht Burka“ eingedampft. Die Thesen habe ich schließlich auf der Seite des Bundesinnenministeriums gefunden. Warum sind sie nicht als Diskussionsgrundlage veröffentlicht worden? Fehlt es an Mut oder unterschätzt man die Wichtigkeit? Zweitens: Schon einige Stunden nach Erscheinen schlugen die Wellen der Ablehnung derart hoch, dass ich neugierig wurde. Nicht anders zu erwarten, versuchten linksgrüne Politiker die Diskussion sofort zu ersticken. Leider ist dieser Verweigerungsreflex zum Markenkern links-grüner Politik geworden. (...) Drittens: Ein Gegenargument fiel mir besonders auf. Vereinfacht lautet es: Wir brauchen keine weitere Diskussion, das Grundgesetz ist die Leitkultur. Hier wird vorsätzlich eine falsche Kausalkette produziert. Richtig ist, das Grundgesetz ist Ausdruck und Ergebnis einer Leitkultur. Und es ist zum wichtigen Teil dieser, unserer Leitkultur geworden. Ohne sie ist das Grundgesetz nur ein Stück Papier. Wie wollen wir Selbstzweifel überwinden und zu einem neuen Selbstwertgefühl kommen, wenn wir nicht darüber reden? Wie soll Integration gelingen, wenn wir uns selbst nicht leiden können? (...) Wie alles im Leben unterliegt auch eine Leitkultur ständigem Wandel. Die Thesen bieten eine gute Grundlage für eine vielseitige Diskussion. Sie

sind offen und vorsichtig, vielleicht zu vorsichtig, formuliert. Sie bieten viel Platz zum Mitreden, Ergänzen und Ausformulieren. Sie sind eine mutige Einladung an uns alle.
Thomas U. Krefß, Chemnitz

Allein für Wahlkampf gedacht

(...) Was da geschrieben steht, hätte jeder Zehntklässler in einem Aufsatz hinschreiben können, vermutlich wäre da sogar oft Besseres herausgekommen. Denn was da steht, ist vor allem dem Zwang entsprungen, etwas sagen zu müssen, das bei (manchen) Wählern gut ankommt. Der Satz „Wir sind nicht Burka“ soll wohl in die Geschichte eingehen wie einst „Da werden Sie geholfen“. Da zu unserer Kultur die Sprache gehört, sollte man die auch korrekt benutzen. Wieso ist es prägend für unser Land, dass es nicht unserem Verständnis entspricht, die Schule solle stärker auf spätere Berufe vorbereiten? Dass unser besonderes Verhältnis zu Israel auf unseren Traditionen beruht? Letztlich ist das, was da steht, zweitrangig. Der Kern ist doch: Brauchen wir die Diskussion überhaupt? Was ist eine „Leitkultur“? Kultur macht das Wesen eines Volkes und einer Region aus. Kultur wandelt und entwickelt sich. Kultur ist vielfältig. Soll nun Leitkultur eine Kultur über andere erheben? Das wäre schon rassistisch. In der modernen Welt entsprechen Staatsterritorien längst nicht mehr dem Siedlungsraum eines Volkes. So ist es normal, dass in einem modernen Staat mehrere Kulturen nebeneinander existieren können. Dies ist durch das Grundgesetz Abschnitt I (Grundrechte) gesichert. Das „Deutsche Volk“, für das das Grundgesetz gilt, sind alle Bürger mit deutscher Staatszugehörigkeit, ungeachtet ihrer Abstammung. Wir garantieren unseren Minderheiten, wie den Dänen oder Sorben, die Pflege ihrer Kultur, genau wie regionale Eigenheiten kein Problem sind. (...) Wenn ausgerechnet der Innenminister jetzt mit Leitkultur kommt, soll das



Die Deutschen - woran sollen sie sich orientieren?

FOTO: PAUL ZINKEN/DPA

wohl nur sein Unvermögen der letzten beiden Jahre überdecken. Die Forderung, die Flüchtlinge hätten sich „unserer“ Kultur anzupassen, entbehrt jeder Grundlage. Sie haben unser Recht zu befolgen. Und so lange sie keine Deutschen sind, sind sie Gäste. Was wir tun können, und was der Innenminister schon lange hätte tun müssen, ist das Aufstellen einer „Hausordnung“, in der klar steht, was wir auf der Basis unserer Gesetze von den Gästen erwarten, und wie Nichtbefolgung geahndet wird.
Jochen Bonitz, Limbach-Oberfrohna

Neue Debatte nicht erforderlich

(...) Inhaltlich ist das Vorhaben eine heikle Mission, weil schnell ein Abgleiten in zu patriotische Bereiche möglich ist, die man den Deutschen nicht zugestehen will und von den grün-roten Mandatsträgern als rechte Stimmungsmache ohnehin abgelehnt wird. (...) Mit dem millionenfachen Zustrom – Einwanderung ist wohl der falsche Begriff – von Muslimen gerät die auf christlich-abendländischer Leitkultur gegründete nationale Identität in schwere Gewässer, denn Muslime

fühlen sich Regeln verpflichtet, die im theokratischen Religions- und Staatsverständnis wurzeln. Wir erleben das Resultat (im Altbundesgebiet seit Jahren) mit Parallel- und Kontragesellschaften, die den sozialen Frieden schon jetzt nachhaltig gefährden. Schlagworte von „schaffbarer Integration“ oder „verpflichtender Humanität“ verschleiern; sie fangen das Konfliktpotenzial nicht auf, denn alle moderne Staatlichkeit gründet sich unverändert auf das Grundkonzept überkommener Nationalstaatlichkeit. Wir erleben aktuell, dass sich Menschen in ihren Ländern genau daran erinnern. (...) Postnationalität ist ebenso eine Chimäre, wie Multikulturalität nie eine multikulturelle Identität schaffen kann. Insofern muss man keine neue Debatte initiieren, die Gefahr läuft, Klischees zu bedienen, denn die Architekten des Grundgesetzes haben (zur Leitkultur) Hervorragendes geschaffen. Für viele Menschen, die nach diesen Grundsätzen leben und handeln, ist das Leitkultur. Die Zielgruppe des Ministers, Menschen nichtdeutscher Herkunft mit ihren (partiell) gelebten Gegenentwürfen zu unseren Wertvorstellungen im gesellschaftlichen Miteinander, beeindruckt man weder mit dem Grundgesetz noch mit Regeln, die über Recht und Gesetz hinausgehen. Das dürfte er wissen, und eine wichtige Antwort wird der Innenminister mit oder ohne Leitkultur ohnehin schuldig bleiben: Wie gedenkt er jenen, dem Grundgesetz konträr und von überwiegend muslimischen Flüchtlingen getragenen gesellschaftlichen Entwicklungen zu begegnen, wo er doch selbst aktiver Mitgestalter einer Politik ist, die absehbar zu einer Gesellschaft führt, deren Menschen sich nicht mehr auf gemeinsam Erlebtes, Gelesenes und Gehörtes verbunden fühlen und so die kulturellen Wurzeln verlieren? Diese Frage muss aber zwingend gestellt und auch beantwortet werden.
Achim Träger, Zwickau

Ohne diplomatisches Geschick

Zum Bericht „Netanjahu lädt deutschen Minister aus“ und dem Kommentar „Freie Meinung in Gefahr“:

Das außenpolitische Parkett scheint wohl doch etwas zu glatt für unseren neuen Außenminister. Sein Vorgehen erinnert an den berühmten Elefanten im Porzellanladen und lässt diplomatisches Geschick vermissen. Anders kann man sich nicht

erklären, dass er zu einem Antrittsbesuch in einem demokratischen Land nicht nur die Regierungsvertreter treffen möchte sondern auch Oppositionelle und Vertreter von regierungskritischen Organisationen. Immerhin reiste Gabriel in ein demokratisches Land Israel und nicht in ein Land, das von einer Militärdiktatur regiert wird. Wie würde man reagieren, wenn in Deutschland zum Antrittsbesuch bei Kanzlerin

Merkel ein Außenminister sich mit Vertretern der Pegida oder der Neonaziszene treffen möchte? Die Reaktion von Netanjahu war legitim und völlig richtig und die Meinungsfreiheit bleibt keineswegs auf der Strecke. Der beifallklatzende Kommentar ist nicht angebracht. Minister Gabriel hat Deutschland im internationalen Ansehen damit einen Bärendienst erwiesen.
Christiane Fiedler, Chemnitz

Noch friedlicher Nachbar?

Zur Bildnachricht „Bundeswehr schickt Panzer nach Estland“:

Bereits einmal (um 1993) zeigte ein Titelfoto der „Freien Presse“ verladene Panzer in Richtung Ostsee. Seinerzeit handelte es sich um russische Panzer auf dem Weg in ihre Heimat. Der Bundeskanzler hatte den Eindruck erweckt, Deutschland habe die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen, wäre nunmehr

ein friedlicher Nachbar. Nun bemüht sich die Regierung nach Kräften, Helmut Kohl Lügen zu strafen. Militärische Präsenz deutscher Panzer an Russlands Grenze – wie war noch mal das deutsche Wort für Leute, welche Wohltaten mit Undank vergelten? Klar, hier handelt es sich um Staaten, da gelten andere Begriffe. Wohl fühle ich mich bei dieser Politik unserer Regierung nicht.
Rolf Pinther, Crimmitschau

Für die Verantwortlichen ist das ein Eigentor

Nach der Reportage „Ein Held wird geschnitten“ geht die Diskussion über die Entscheidung, Tave Schur nicht in die Ruhmeshalle des deutschen Sports aufzunehmen, in die nächste Runde.

Mit Demokratie unvereinbar

Eins vorweg: Die politischen Aussagen zum DDR-Doping von Tave Schur kann ich nicht nachvollziehen. Nichtsdestotrotz halte ich die Entscheidung für einen Skandal. Ich habe mir immer ein demokratisches System für die DDR gewünscht, das jede oppositionelle Meinung gewaltlos unterdrückt wurde. Wir haben jetzt Meinungsfreiheit, und solange nicht zu ihrer Beseitigung, wie auch immer, aufgerufen wird,

muss die Demokratie auch solche Meinungen aushalten. Eine Zensur, und dies stellt die Entscheidung dar, ist mit Demokratie unvereinbar. Deswegen sollten die Verantwortlichen sie noch einmal überdenken.
Hansjörg Nier, Schlettau

Entscheidung hat enttäuscht

Den Meinungen unter der Überschrift „Für uns immer ein Vorbild“ könnte ich nichts Besseres hinzufügen. Tave war für uns immer ein Vorbild. Ich habe mich von Anfang an für den Radsport und für die Friedensfahrt begeistert. Im Gegensatz dazu hat mich die Entscheidung gegen die Aufnahme in die „Hall of Fame“ enttäuscht; es war ein Eigentor von Toren.
Karl-Albrecht Behr, Zwickau

Stets ein aufrechter Mensch

Tave Schur ist und bleibt uns ehemaligen aufrechten DDR-Bürgern ein einmaliges sportliches und auch menschliches Vorbild. Seine sportli-



Für Tave Schur soll kein Platz in der Ruhmeshalle sein. FOTO: JENS WOLFF/DPA

chen Erfolge sowie auch sein gesellschaftliches Einbringen in unser damaliges Leben in der DDR ist von keinem anderen Sportler zu toppen. Selbstbewusst, bescheiden und volksnah war und ist er noch bis heute. Sportlich ungemein durch Fairness bekannt. Politisch hat er

immer aufrecht seinen Standpunkt vertreten. Bei einem Sturz bei einer Friedensfahrtetappe durch Zwickau, in den er mit verwickelt war, half er sogar einem belgischen Fahrer beim Aufstehen; und das im Wettkampf. Man nenne mir einen anderen, der so seinen sportlichen Rivalen fair geholfen hat. Zum Gremium, die Sportler für die „Hall of Fame des deutschen Sports“ auswählen, kann ich nur sagen: Personelle Veränderungen sind hier dringend geboten.
Udo Laube, Chemnitz

Aufklärung in andere Richtung

Hätte Tave Schur kübelweise Unrat über den DDR-Sport, seine Trainer, Betreuer und Mitsportler geschüttet und den Mantel des Schweigens über den BRD-Sport mit seiner Dopingwelt gelegt, hätte er große Chancen für eine Aufnahme in die „Hall of Fame“. Er hat aber neben seiner sportlichen Vergangenheit und den entsprechenden Erfolgen auch noch Charakter; ein Unterschied zu

den Wendehälsen und ein K. o.-Kriterium für die Aufnahme in diese „Ruhmeshalle“. Vielleicht sollte man die Aufklärungsarbeit auch mal in die andere Richtung lenken und sich an Personen wie Franz Beckenbauer versuchen; was ist eigentlich aus den sechs Millionen Euro im Zusammenhang mit dem Sommermärchen 2006 geworden? Wann nennt man mal die Namen der nach einer Studie der Universität Hamburg nachweislich systematisch gedopten 31 Leichtathleten der BRD? Aber so weit geht der Aufklärungswille nun doch nicht, und von den 31 in der Studie ungenannten, aber nachweislich gedopten Topathleten der BRD haben im Gegensatz zu Tave Schur bestimmt schon viele ein Plätzchen in der Ruhmeshalle des deutschen Sports gefunden. Wer gehofft oder gar geglaubt hat, dass Schur in die Sport-Ruhmeshalle aufgenommen wird, hat die Deutsche Einheit bis heute nicht verstanden.
Dietmar Sobottka, Chemnitz